

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband- Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. G., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C. Comie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger

Vollständige Ziehungslisten

der Preussischen Klassen-Lotterien.

Allgemeine Verloosungs-Tabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergepaltene Zeile 40 Pf.,

Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite

200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Im nächsten Quartal erscheint die Berliner Börsen-Beitung

39. Jahrgang

in gewohnter Weise, d. h. in sechs Abend- und sechs Morgen-Nummern wöchentlich.

Die reichhaltige Fülle des Materials, welches unsere Zeitung den Lesern bietet, die Verlässlichkeit ihrer Nachrichten, die prompte Berichterstattung sind bekannt, ebenso, neben dem täglichen acht Seiten starken Courszettel, die vielen besonderen Beilagen zur Zeitung — Tabelle der Eisenbahn-Einnahmen, Verdingungs-Anzeiger, almanachlicher Coupons-Kalender, Verloosungs- und Restantenlisten einschließlich Ziehungs-Liste der Preussischen Klassen-Lotterien, Hotel- und Bäder-Anzeiger etc.

Wir ersuchen um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements.

Die Expedition

Berliner Börsen-Beitung.

Kronenstrasse 37, Berlin W.

Ultramontane und Conservative.

Die vor den Reichstagswahlen von conservativer Seite oftmals an die ultramontane Partei gerichtete Mahnung, das Centrum so zu gestalten, daß es von den Conservativen als bündnisfähig betrachtet werden könne, hat geringe Beachtung gefunden, und in der letzten Zeit sind mehrfach zwischen Organen der beiden Parteien scharfe Stachelreden gewechselt worden. Vor allem trägt das Centrum den einst unter Führung des Ministers v. Zöllnik mit ihm Verbündeten nach, daß sie seine Absichten in Bezug auf das Wahlgesetz gekreuzt und in beiden Häusern des Landtags zu nichte gemacht haben. Dieser Schmerz wird durch die Wahlen selbst und ihr Resultat wesentlich verschärft werden. Da wahrscheinlich auch im neuen Abgeordnetenhause das Centrum und die Deutsch-conservativen über die Mehrheit der Stimmen gezeiten werden, so ist die Anregung zu einem neuen Feldzuge behufs Verwirklichung der Schule möglich. Daß im Falle der Ausföhrung dieses Unternehmens, zu dessen Gunsten das Boffische Schulordnungsgesetz abgelehnt worden ist, der Kaiser wieder sein Veto einlegen würde, ist zu wünschen, aber keineswegs mit Bestimmtheit zu erwarten. Auch abgesehen von dieser Ungewißheit sind die kirchlich reactionären Parteien nicht in so kampflustiger und siegesgewisser Stimmung, wie sie sie zu Anfang des vorigen Jahres bei der Einbringung des Zöllnik'schen Entwurfes an den Tag legten. Die „Kreuzzeitung“ weist dem Centrum vor, daß es den Religionsunterrichtszwang für Disidentenfönder bekämpft hat, von katholischer Seite wird entgegen, daß das Centrum für keine Maßregel eintreten wolle, die verfassungsmäßig unzulässig sei. Sehr beachtenswert ist ein Prospect, welchen die „Köln. Volkszeitung“ eröffnet hat. Zwar handelt es sich um fernliegende Eventualitäten, aber die

Andeutung beleuchtet scharf die Verschiedenheit der Lage und der Tendenz der beiden bevorzugten Kirchen, ohne daß das Glaubensgebiet gestreift wird. Das katholische Blatt erklärt, daß seine Partei Confessionschulen und die Beeinflussung derselben durch kirchliche Behörden so lange fordere, wie die staatliche Zwangsschule bestehe; sollte dieses Monopol einmal ins Bankrott kommen, oder der Staat selbst den Religionslehrer spielen wollen, so werde das Centrum volle Unterrichtsfreiheit oder die Trennung des Religionsunterrichts von der Staatschule fordern. Das katholische Blatt ist die vom Staate ganz unabhängige und unbeeinflusste Schule, wie sie in Amerika mit gutem Erfolge für die katholische Kirche besteht. Die evangelische Kirche aber kann sich solchen Anschauungen nicht anschließen, weil sie durchaus auf die Stütze des Staates angewiesen ist, ohne welche sie zusammenbrechen würde, zumal da die kirchlichen Behörden selbst das Emporblühen eines kräftigen Gemeindelebens nicht begünstigt, sondern immer bekämpft haben. Sie geben die Schwäche des kirchlichen Organismus an, suchen aber die Stärkung in einer Hierarchie nach katholischem Muster; sie wollen den Neubau mit dem Dache beginnen. Das schon genannte sehr rührige Rheinische Blatt ist so wenig geneigt, angesichts der Wahlen auf die Betonung derjenigen Gesichtspunkte sich zu beschränken, welche dem Centrum und den Conservativen gemeinsam sind, daß es vielmehr das Gegenföhlische hervorhebt und im Voraus der Regierung die Rechnung überreicht für etwa vom Centrum zu erwartende Dienste. Ausgeföhrt wird, daß die Partei bei den letzten Wahlen nur dadurch neun Sitze verloren habe, daß sie zu bescheiden gewesen sei, zu Windthorst's Zeit sei immer gefordert, immer vorgestoßen worden. Jetzt sei zunächst die Durchführung der vollen Gleichheit für Katholiken mit den Protestanten zu verlangen. Die Regierung dürfe nicht mehr protestantische Diaspora-Gemeinden unterföhren und katholische im Stich lassen, nicht evangelische Schulen geistlicher Aussicht unterstellen, katholischen sie vorzuziehen, nicht die hohen Verwaltungsämter und Commandos in der Arme ausschließlich Protestanten zuwenden.

Diese Beschwerden sind nicht neu, oft ist nachgewiesen, daß sie nicht in vollem Maße begründet sind, wenn auch eine gewisse Vorliebe der Minister — die ja leider immer derselben Partei entstammten worden sind — für Beamte und hohe Officiere aus den östlichen Provinzen zuzugeben ist. Aber wenn die Regierung dem Westen mehr Rechnung trüge, so würde sie doch die wichtigsten Posten schwerlich solchen Katholiken anvertrauen, welche der geistlichen Gewalt den Vorrang vor der weltlichen einräumen. Die tüchtigsten Männer in den westlichen Provinzen sind, wenn sie zufällig der katholischen Laufe theilhaftig, meist von liberalen Anschauungen durchdrungen. Werden diese zu hohen Ämtern berufen, so ist die ecclösia militans dadurch keineswegs zufriedengestellt, vielmehr nimmt sie an ihren ungetreuen Söhnen mehr Vergerniß als an den von Hause aus verlorenen Seelen.

Tritt das Centrum mit Reclamationen dieser Art hervor, nimmt es Rache für das Wahlgesetz, wählt es, bei mangelnder Kampfgelegenheit im Landtag, den Reichstags und die Finanzgesetze zur Erprobung seiner Kraft, tritt es dort mit dem oft reparierten Seilritzen-Antrag wieder hervor, so kann von der Erneuerung des Bundes mit den Conservativen, durch welchen überdies die demokratisch veranlagten Ultramontanen compromittirt zu werden fürchten, kaum die Rede sein. X.

Telegramme.

Paris, 22. September. (C. T. C.) In der zweiten Kammer brachte heute der Finanzminister das Budget pro 1894 ein. Die Ausgaben beziffern sich auf 136 Millionen Gulden. Das Deficit wird auf 3 Millionen Gulden geschätzt. Alle Ausgaben mit Ausnahme von 4 1/2 Millionen außerordentliche Ausgaben für öffentliche Arbeiten sind durch die ordentlichen Mittel gedeckt. Das Deficit der letzten Budgetjahre und dasjenige pro 1893 beträgt zusammen 8 Millionen; jedoch sind noch 13 Millionen aus der Anleihe von 1892 disponibel.

London, 22. September. (C. T. C.) Die Meldung des „New-York Herald“ aus Valparaiso, der Präsident Pena dränge darauf, daß Gauri die Präsidentschaft annehme, wird hier angezweifelt. Die betreffende Meldung beruhe aufschneidend auf Irrthum.

Chicago, 22. September. (C. T. C.) In der Vortheilung für Blumenzucht der internationalen Weltausstellung wurden Deutschland 46, Holland 6, Italien und Oesterreich je 1 Preis zuerkannt. (Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Ämtliche Nachrichten.

Der König hat dem Chef der Firma Deinhard u. Cp., Geheimen Commerzien-Rath Julius Wegeler zu Coblenz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit der königlichen Krone, dem Präsidenten der Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Mittel- und Niederrhein, Beigeordneten und Handelsrichter August Frowein zu Eberfeld, und dem Land-Bauinspector, Baurath Wenzel zu Coblenz, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Director des „Helios“, Actiengesellschaft für elektrisches Licht und Telegraphenbau, Karl Görpfer zu Köln a. Rh., und dem Director der Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Mittel- und Niederrhein A. Krauß zu Düsseldorf den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Der König hat dem Major von Mühlberg, à la suite des Husaren-Regiments König Wilhelm I. (1. Rheinisches) Nr. 7, commandirt nach Württemberg als etatsmäßiger Sabofficier des Unice-Regiments König Wilhelm I. (2. Württembergisches) Nr. 20, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verlebten Ehrenkreuzes zweiter Klasse des kaiserlich Schaumburg-Lippischen Haus-Ordens erteilt.

Der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Vice-Consul in Lugano Dr. Heinrich Rlose zum Consul in Zürich und den Kaufmann Jacob Blankart zum Vice-Consul in Lugano ernannt.

Der König hat den bisherigen Oberlehrer am Christianeum in Altona, Professor Wolff, zum königlichen Gymnasial-Director ernannt, sowie dem Hilfsbeamten des Landraths des Kreises Westermünde, Willmet in Westermünde, dem Hilfsbeamten des Landraths des Kreises Ifeld, Raste in Elbingerode, und dem Hilfsbeamten des Landraths des Landkreises Emden, Hollesen in Vorkum, den Charakter als Polizei-Rath, dem praktischen Arzt Dr. med. Berthard Gordan in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Gerichtsschreiber, Secretär Sandmann in Kroffen den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Dem Notar Eiden in Waldbroß ist vom 1. October d. Js. ab der Wohnsitz in Trier angewiesen worden.

Dem königlichen Gymnasial-Director, Professor Wolff ist das Directorat des Domgymnasiums zu Schleswig übertragen worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, 23. September.

— Die „Pos. Ztg.“ ist in der Lage, bestimmt mitzutheilen, daß bereits nach der Rieder Begegnung zwischen dem Kaiser und dem Zaren die sogenannte Versöhnung beschlossene Sache war. Damals hatte der Zar den Fürsten Bismarck durch den Grafen Waldersee grüßen lassen, und im Anschluß hieran war der Kaiser bereit, den Fürsten zu sehen und zu sprechen. Warum aus dem Vorhaben nichts wurde, darüber geben die Erklärungs-